

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Alexander Häusler:
Rechter Kulturkampf



J. Bischoff/B. Müller:
Obergrenzen, Abschottung



Stephan Krull: Volkswagen
– Blick in den Abgrund

J. Seppelt/B. Wodrich:
Sozial- & Erziehungsdienst

Forum
Gewerkschaften

Europas Weg nach rechts:
Frankreich, Polen, Türkei



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Griechenlands steiniger Reformpfad



Noch immer wird auch in Deutschland über die Politik von Syriza und die Perspektiven in Griechenland gestritten. Die Fortsetzung des Kampfes zwischen der harten Austeritätspolitik, die die internationalen Investoren einfordern, und der Linksregierung ist auf die hinteren Seiten der Medien gerückt. ...

»Grandola, vila morena«



Von Umsturz ist die Rede. Der »Musterschüler« komme vom rechten Weg der Austeritätspolitik ab und gefährde dessen »bisherigen Erfolg«. Leitartikel sorgen sich um das Wohlergehen von Investoren, nicht um die PortugiesInnen, die unter der Knute des Spardiktats ächzen. Einige sehen schon wieder das Gespenst des Kommunismus in Südeuropa umgehen. Was ist geschehen? ...

Wiener Sponsorenkonferenz



Am 30. Oktober 2015 war es endlich so weit: Alle internationalen Sponsoren des syrischen Bürgerkriegs trafen sich in Wien zur Lagebesprechung. Mit am Tisch saß das erste Mal auch der iranische Außenminister. Zweifellos ein Fortschritt. ...

Rechte Radikalisierung, linke Transformation

Alexander Häusler: Rechter Kulturkampf und das Spiel mit der Angst	2
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Gegen nationale Obergrenzen und Abschottung	6
Susanne Hennig-Wellsov: Linkes Regierungshandeln und sozialistische Transformation. Ein Jahr Rot-Rot-Grün in Thüringen	12

Europäische Spaltungslinien

Bernhard Sander: »Frankreich ist im Krieg«. Aber nicht gegen Armut und Perspektivlosigkeit, sondern gegen sich selbst	16
Errol Babacan/Murat Çakar: Grenzen des linken Populismus in der Türkei	22
Michael Knapp: Demokratische Autonomie – alternatives Lösungsmodell im Nahen Osten	26
Holger Politt: Polen – was wird? Jarosław Kaczyński als unberechenbarer Machtpolitiker. Eine Wahlnachlese	30
Joachim Bischoff/Björn Radke: Flüchtlings- und Eurokrise spalten Europa – linke Alternativen	33

Forum Gewerkschaften

Stephan Krull: Volkswagen – Blick in den Abgrund Die Automobilbranche im Umbruch	40
Thomas Böhm: Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge Die Erfolgsformel der privaten Krankenhausketten	44
Jana Seppelt/Benjamin Wodrich: Wie weiter im Sozial- und Erziehungsdienst? Oder: Was wir aus der Tarifrunde lernen können	47
Michael Wendl: Zwischen Wert der Arbeit und Qualifikation der Arbeitskraft	53
Otto König/Richard Detje: Konversionsdebatte wiederbeleben! Der 23. IG Metall-Gewerkschaftstag zum Thema Rüstung(skonversion)	58

Individuum & Theorie

Christoph Lieber: »Vereinigung unserer Energien für den Kampf ...« (Antonio Gramsci an Giulia Schucht) (zu Nora Bossong, 36,9°)	61
Frank Heidenreich: Von Marx her denken, um zu verändern. Zum Erscheinen von Band 8/II des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus	63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	65
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: Irrational Man (Filmkritik)	69

Supplement

Dieter Boris / Achim Wahl / Timm Schützhofer

Lateinamerika: Defensive der Linksregierungen?

Zehn Thesen zur politischen Entwicklung / Brasiliens Dilemma / Ecuadors Weg

Polen: Was wird?

Jarosław Kaczyński als unberechenbarer Machtpolitiker. Eine Wahlnachlese

von | Holger Politt



Beata Szydło, J.Kaczyński, 9.11.2015 (dpa)

Die Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015 haben den Rechtstrend in Polen bestätigt. Noch immer sind die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen schwer abzuschätzen. Jarosław Kaczyński gelang, was vor einem Jahr noch kaum jemand für möglich gehalten hatte. Bereits damals wurde seine Partei, die nationalkonservative PiS (Recht und Gerechtigkeit), bei den Demoskopien mit Werten um die 35% Wählerzustimmung gemessen, dennoch schien er in einer ausweglosen Klemme zu stecken. Wie sollte er ohne potenziellen Koalitionspartner zu einer regierungsfähigen Mehrheit kommen? Rechts von PiS gab es keine Kraft, die Aussicht gehabt hätte auf einen Einzug in den Sejm, das polnische Parlament. Der Erfolg des Nationalliberalen Janusz Korwin-Mikke bei den Wahlen zum Europäischen Parlament schien nur ein Strohfeuer gewesen zu sein. Alle im Sejm vertretenen Parteien schlossen eine Koalition mit PiS von vornherein aus, denn die Erfahrungen aus den Jahren 2006/2007 wogen schwer. Damals fuhr Kaczyński die kleinen Koalitionspartner geschickt an die Wand, die anschließend auch ganz von der politischen Bühne verschwanden. Zwar zahlte er selbst einen hohen Preis, denn nötig gewordene Neuwahlen beendeten die Regierungszeit von PiS

vorzeitig, doch konnte er seine Reihen geschlossen halten und sogar noch etwas ausbauen. Das waren die angesprochenen 35%, die aus Sicht der Wahlforscher zugleich so etwas wie die obere Grenze des Zuspruchs für das nationalkonservative Lager darstellten. Nichts hatte darauf hingedeutet, dass PiS ein Jahr später zu den Sejm-Wahlen deutlich mehr Stimmen bekommen würde.

Hintergründe der Wahlergebnisse

Tatsächlich wurden es dann 37,6% der abgegebenen Wählerstimmen, die aber reichten, um im Sejm die absolute Mehrheit der Sitze zu erringen, weil insgesamt knapp 16% der abgegebenen Wählerstimmen auf Parteien entfielen, die nicht über die Prozenzhürden kamen. Eine solche Situation hatte es in Polen noch nicht gegeben, denn sowohl 2001 als auch 2007 reichten Werte von über 40% der abgegebenen Stimmen für den Wahlsieger nicht aus, um alleine mit Stimmenmehrheit im Parlament regieren zu können. Der leichte Zuwachs an Stimmen gegenüber den Vorhersagen von Ende 2014 darf mit einer anderen Wahl erklärt werden, die bereits im diesjährigen Frühjahr die Demoskopien überrascht hatte. Für PiS ging An-

drzej Duda ins Rennen um den Posten des Staatspräsidenten. Im Grunde galt er von vornherein als aussichtsloser Kandidat, denn der Sieg von Amtsinhaber Bronisław Komorowski schien den meisten Beobachtern lange vor den Wahlen als ausgemacht. Überraschend gewann Duda den ersten Wahlgang, ebenso überraschend die Stichwahl. Kaczyński nannte es hinterher den Wind der Veränderung, der seinen Mann ins Amt getragen habe. Alle Hoffnungen der PiS-Gegner, dieser Ausgang der Präsidentschaftswahlen würde nun die eigene Anhängerschaft mobilisieren, waren trügerisch, denn acht Jahre Regierungszeit sind in Polen noch immer eine überaus lange Zeit.

2007 hatten die Wirtschaftsliberalen (PO) die vorgezogenen Neuwahlen haushoch gewonnen, schrammten nur knapp an der absoluten Mehrheit im Sejm vorbei. Ein strahlender Donald Tusk übernahm die Regierung, setzte auf schnelles, nahezu ausschließlich durch die fortschreitende EU-Integration bedingtes Wirtschaftswachstum als Alternative zu dem unter Kaczyński dargebotenen Kurs, bei dem es mitunter schien, als sei ihm das Ringen um »echtes Polentum« wichtiger als alle anderen Fragen. Schnell fand der Tusk-Kurs seine spektakuläre Bestätigung, als

Polen selbst in den Krisenjahren 2008 und 2009 Wirtschaftswachstum verzeichnete – als eines der ganz wenigen Mitgliedsländer der EU überhaupt. Im Ergebnis gelang 2011 die Wiederwahl, was bis dahin keiner Regierungspartei in Polen seit 1989 gelungen war. Vielen schien es nun, als sei Polen auf eine Zielgerade eingebogen – mit einem stabilen politischen System, in dem jähe Wendungen von nun an ausgeschlossen sind. Ganz rechts im Parlament saßen die Nationalkonservativen als größte Oppositionskraft, allerdings ohne Aussicht auf Regierungsmöglichkeiten, in der Mitte thronen die Wirtschaftsliberalen, die sich ihren Koalitionspartner nach Belieben und politischem Nutzen aussuchen konnten. Weil sie damit den Einfluss von PiS auf dem stärker katholisch geprägten Lande erfolgreich begrenzen konnten, wählten sie seit 2007 die gemäßigte Agrarierpartei PSL. Um Regierungsbeteiligung buhlten allerdings auch die Linksdemokraten der SLD und die Riege von Janusz Palikot, der 2011 mit einem auf die Verfassungsrechte pochenden Programm ins Parlament einzog. Diese beiden Gruppierungen bildeten den linksliberalen Flügel im Sejm. Mehr Ausgleich ging nicht, wer konnte ahnen, dass 2015 alles ins Wanken kommen würde.

Obwohl auch in diesem Jahr an den bisherigen moderaten Wachstumskurs angeknüpft werden konnte, scheint es nun fast, als hätten Polens Wähler die Notbremse gezogen. Alleiniger Nutznießer dieser verblüffenden Weichenstellung sind nun die Nationalkonservativen, obwohl sie gar nicht so sehr viel an Stimmen dazugewannen. Allerdings gerieten alle anderen Parteien, die bisher im Sejm vertreten waren, kräftig aus dem Gleichgewicht, die linksliberale Flanke kam gleich ganz unter die Räder.

Dem Grundkonzept der Wirtschaftsliberalen, möglichst geringe Steuerbelastung gepaart mit einem vergleichsweise niedrigen Lohnniveau und unterstützt durch die nicht unbeträchtlichen EU-Mittel in wirtschaftliche Entwicklung umzusetzen, setzten die Nationalkonservativen ein Programm entgegen, das auf der Ausgabenseite sehr viel sozialer daherkam, ohne dass aber die Einnahmenseite überhaupt an-

getastet werden soll. Versprochen wurde ein gesetzliches Kindergeld, das es bis jetzt in Polen nicht gibt. Ab dem zweiten Kind soll es künftig monatlich umgerechnet 120 Euro geben. Den vielen, vor allem jungen Wohnungskreditnehmern wurde in Aussicht gestellt, die durch teils kräftige Kursschwankungen beinträchtigten Kredite in ausländischen Währungen auf die Nationalwährung Zloty umzustellen, so wie das die nationalkonservative Regierung von Viktor Orbán in Ungarn bereits getan hat. Da Wohnraum in Polen fast ausschließlich über Wohnungskauf zu erlangen ist, hat dieses Versprechen mehr als einen symbolischen Wert. Und schließlich versprach man, die Rentenreform zurückzunehmen, mit der das gesetzliche Renteneinstiegalter für Frauen und Männer 2013 auf einheitlich 67 Lebensjahre und zum Teil drastisch heraufgesetzt wurde.

Geschlossen gegen das Reformprojekt einer Heraufsetzung des Renteneinstiegalters traten damals die Gewerkschaften auf, ganz gleich, welcher politischen Option sie folgten. Den größten Rückhalt für diese gravierenden Änderungen bekam die PO-Regierung dagegen unter den jüngeren Menschen, also unter denjenigen, die noch viele Arbeitsjahre in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen müssen. Denen war in großer Mehrheit der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach. In der öffentlichen Diskussion wurde nämlich geschickt mit höheren Rentenbeiträgen gedroht, die zwangsläufig folgen müssten, sollte das gesetzliche Renteneinstiegalter nicht angehoben werden. Insbesondere wurde auf Privilegien bestimmter Berufsgruppen eingehauen, die durch gewerkschaftliche Kämpfe vieler Jahre errungen wurden. Das Paradebeispiel lieferten die Auseinandersetzungen um Regelungen im Steinkohlebergbau, in dem in Polen noch immer mehr als 100.000 Menschen beschäftigt sind. In der liberalen Presse wurde damals ein wahrer Feldzug gegen führende Kohlegewerkschafter betrieben, die parasitär auf Kosten der Kohlekumpel lebten und nicht in der Lage wären, den neuen politischen und Marktbedingungen Rechnung zu tragen. Zwar wurde das Reformpaket mit gro-

ßer Stimmenmehrheit durch den Sejm gebracht, doch zeigte sich die Schwäche der regierenden Wirtschaftsliberalen, die im Unterschied etwa zur CDU in Deutschland nie in der Lage gewesen waren, so etwas wie einen Arbeitnehmerflügel auszubilden. PiS nutzte die Gunst der Stunde, um den Schulterschluss zur Gewerkschaft »Solidarność« zu festigen.

Links von den Wirtschaftsliberalen konnte in dieser heiklen Frage kein Gegengewicht aufgebaut werden, das linksliberale Feld war zutiefst zerstritten. Während die Linksdemokraten der SLD sich an die andere große Gewerkschaftszentrale OPZZ hielten und gegen die Regierungsvorlage votierten, teilte Palikot die Mehrheitsmeinung der jüngeren Menschen in Polen und hielt das Reformwerk für unerlässlich. Daran entzündete sich ein handfester Streit zwischen den beiden linksliberalen Gruppierungen, der in aller Öffentlichkeit und meistens zur Gaudi der Medien ausgetragen wurde. SLD-Chef Leszek Miller bekam sein Fett weg als ein sozialpolitischer Dinosaurier, während in Palikot nun gar ein auf die sozialen Rechte pfeifender Liberaler ausgemacht wurde. Der Witz lag aber darin, dass alle wussten, wie wirtschaftsliberal Miller als Ministerpräsident in den Jahren 2001 bis 2004 aufzutreten pflegte, stets mit dem Argument, der EU-Beitritt und die eisernen Regeln des Marktes erforderten dies.

Der lachende Dritte war niemand anders als Kaczyński, dem schnell klar wurde, dass Widerstand gegen die Rentenreform, wenn nicht allzu dick aufgetragen, allein ihm zugutekommen werde. Wie schnell die neue Regierung unter Beata Szydło dieses Wahlversprechen tatsächlich umsetzen wird, bleibt abzuwarten. Der Druck von der Gewerkschafts- und insbesondere »Solidarność«-Seite wird nicht kleiner werden. Das große Faustpfand, unter Polens Industriearbeiterschaft unangefochten eine Stimmenmehrheit zu haben, werden die PiS-Strategen nicht so

Holger Politt ist Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 2002 bis 2009 war er Leiter des Büros der Stiftung in Warschau. Derzeit befasst er sich mit dem polnischen Werk von Rosa Luxemburg, das etwa ein Drittel ihrer Arbeiten umfasst.

leichtfertig aus der Hand geben wollen. Nationaler Firlfanz und patriotischer Weihe helfen da nur bedingt, die raue Wirklichkeit wird sich schnell ihr Recht erobern.

Auswirkungen der EU-Krisen

Die beiden großen Krisen, die in diesem Jahr die EU spürbar beeinträchtigten, kamen den Nationalkonservativen ebenfalls zur rechten Zeit. Obwohl Polen nicht Mitgliedsland in der Gemeinschaftswährung ist, wurde das Griechenland-Drama im Frühsommer hier aufmerksam verfolgt. Ursprünglich hatte die PO-Regierung das feste Ziel verfolgt, Polen in die Euro-Zone zu führen. Zwar schoben sich die anvisierten Jahreszahlen immer weiter nach hinten hinaus, doch das Ziel blieb. Als strikter Gegner der Euro-Übernahme trat hingegen PiS in Erscheinung, wissend, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung den Euro ebenfalls ablehnt. Die Griechenland-Krise hat hier die Fronten geklärt: An eine Euro-Übernahme ist im Augenblick nicht zu denken.

Auch die Flüchtlingskrise im Spätsommer und Herbst dieses Jahres hatte mit Polen unmittelbar weniger zu tun, weil das Land abseits der Hauptwege lag und von den aus dem Nahen Osten fliehenden Menschen weder als Ziel- noch als Transitland angesteuert wurde. Dennoch wurden die Ereignisse und die Reaktionen führender Politiker aus anderen EU-Ländern sensibel registriert, weil ja urplötzlich Grundfesten des europäischen Gemeinschaftsgefüges betroffen waren.

Während PiS bisher mit dem Konzept einer Union der Vaterländer, das – mit Ausnahme der üppigen Ausgleichszahlungen – an die Vorstellungen der britischen Konservativen erinnert, in dem bislang überwiegend EU-freundlichen Land vorsichtig agierte und stets zuvorderst die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft herausstellte, wurden nun geschickt und rechtzeitig zur Wahlkampagne die EU-skeptischen Töne lauter. Die Integration gehe zu weit, Brüssel habe zu viele Kompetenzen, die in die Souveränität der Mitgliedsländer eingreifen, zudem bestimmten die wenigen Großen, der Rest habe das Nach-

sehen. Unterschwellig wurden insbesondere Töne angeschlagen, die gegen Deutschlands Rolle in der EU gerichtet waren. Als Polens neuer Außenminister Witold Waszczykowski kurz nach den Anschlägen von Paris am 13. November in einem Radiointerview das Wort von einem Vasallen Deutschlands fallen ließ, der Polen nicht sein wolle und niemals sein werde, sprach er unfreiwillig aus, was unter den PiS-Leuten ohnehin gedacht wird. Auch wenn die wenig diplomatischen Worte, die im Zusammenhang mit der Haltung zur Flüchtlingskrise fielen, noch nicht auf die Goldwaage gelegt werden sollten, so drücken sie doch aus, welcher Wind in den polnisch-deutschen Beziehungen nun aufziehen könnte. Zumindest spielen die Kaczyński-Leute mit dem unterschwelligen Verdacht, jede weiterhergehende EU-Integration spiele allein den Interessen des großen Nachbarn in die Hand.

Zwei Themenfelder sind für PiS dabei von besonderer Bedeutung. Erstens sollen im Interesse der einheimischen Steinkohleproduktion, die überwiegend in die Energieerzeugung wandert, deutliche Zugeständnisse und längere Ausnahmefristen in Sachen EU-Klima- und Energiepolitik erreicht werden. Auch hierbei steht Deutschland im Fokus, dem man auf diesem Feld ein unsauberes Spiel inklusive Bevorzugung der russischen Gaslieferungen unterstellt. Und zweitens sei die aus Brüssel gesteuerte »Genderideologie« ein fundamentaler Angriff auf die Identität und Souveränität Polens. Auch hier wird unterschwellig Deutschland eine hohe Mitschuld gegeben, fördere es in Polen doch vor allem liberales und linkes Gedankengut.

2005 verhedderte Jarosław Kaczyński sich recht schnell in den Fallstricken von Machtpolitik, weil er eine nur relative Mehrheit im Sejm mit der absoluten Mehrheit verwechselte. Seine Versuche, da herauszukommen, glichen einem Kampf um die nationale Befreiung, weil er sich von lauter Feinden Polens umzingelt glaubte. 2015 besteht die Gefahr, dass er die absolute Mehrheit im Sejm verwechselt mit der sogenannten Verfassungsmehrheit, die zwei Drittel der Abgeordnetensitze braucht. Von

ganz rechts sind bereits Stimmen zu hören, die den PiS-Chef warnen, nicht der Versuchung zu erliegen, nur regieren zu wollen, denn es komme endlich darauf an, den Staat zu führen. Zwar besitzt Kaczyński kein Regierungsamt, doch gilt er gerade deshalb nun als der starke Mann im Staate, der alle entscheidenden Fäden in der Hand habe. Auch er wird nicht müde, die gründliche Änderung der liberalen Verfassung von 1997 anzumahnen. Erst dann kann er davon träumen, einen Weg nach Budapest zu finden, wie er es bereits 2011 versprochen hatte, als er ankündigte, auch in Warschau Orbáns Law and Order zu folgen.

Wenn nun bedacht wird, dass im jetzigen Parlament die Wirtschaftsliberalen der PO den linken Part spielen müssen, da die linksliberalen und linksgerichteten Gruppierungen allesamt am Einzug in den Sejm gescheitert sind, und PiS dort plötzlich in der Mitte sitzt, weil ganz rechts die Abgeordneten der Liste von Paweł Kukiz opponieren werden, kann ermessen werden, welch unruhige Zeiten auf Polen zukommen könnten. Die eigentliche Verfassungspartei ist die SLD, die in den 1990er Jahren als Bündnis linksgerichteter Kräfte ziemlich erfolgreich agierte und 1999 zur Partei umgebildet wurde. Zu ihren bleibenden Verdiensten gehört die Durchsetzung der Verfassung von 1997, in der beispielsweise von einer strikten Trennung von Kirche und Staat ausgegangen wird. Bei den letzten Parlamentswahlen 2011 trat die Palikot-Liste mit linksliberalen Forderungen an, die die strikte Einhaltung der Verfassungsgrundsätze verlangten. Zu den jetzigen Parlamentswahlen traten beide Gruppierungen gemeinsam als Vereinigte Linke an und holten weitere kleinere linksgerichtete Parteien dazu. Für solche Parteienbündnisse schreibt das Wahlgesetz eine Achtprozenthürde statt der üblichen Fünfprozenthürde fest, die von der Vereinigten Linken knapp gerissen wurde. Während diese Verfassungspatrioten scheiterten, kam die stramm rechts ausgerichtete Liste von Paweł Kukiz als drittstärkste Kraft ins Parlament, die als wichtigsten Punkt ihres Programms ungeniert die Überwindung des jetzigen politischen Systems fordert.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

